

POLITISCHE GEMEINDE THAL



P O L I Z E I R E G L E M E N T

Vom Gemeinderat erlassen am:
6. April 2010 / 1. Oktober 2012 / 24. März 2014 / 11. Dezember 2023

Der Gemeinderat erlässt in Ausführung von Art. 5 und Art. 136 lit. g des Gemeindegesetzes vom 23. August 1979, Art. 10 Abs. 1 des Polizeigesetzes vom 10. April 1980 und Art. 18 der Gemeindeordnung vom 28. März 2003 / 13. September 2004 als Reglement:

Polizeireglement

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Zweck

Dieses Reglement bezweckt, ergänzend zum übergeordneten Recht:

- den Schutz vor vermeidbarem Lärm;
- den Schutz von öffentlichen Bauten, Anlagen und Plätzen;
- die Regelung der Benützung von Strassen und öffentlichen Plätzen;
- die Regelung von Videoaufnahmen im öffentlichen Raum.

Art. 2

Grundsatz

Jedermann ist verpflichtet, durch rücksichtsvolles Verhalten oder durch zumutbare Vorkehren jede Art von Lärm, der schädlich oder lästig werden könnte, zu vermeiden bzw. im Sinn von Art. 1 Abs. 2 des Umweltschutzgesetzes frühzeitig zu begrenzen.

II. Ruhezeiten

Art. 3

Definition

Die Ruhezeiten sind:

a) Ruhetage

Die Ruhetage werden im Gesetz über Ruhetag und Ladenöffnung (sGS 552.1) geregelt. Es gilt das übergeordnete Recht.

b) Mittagsruhe

Die Mittagsruhe gilt für Werktage (inkl. Samstag) und dauert von 12.00 Uhr bis 13.00 Uhr.

c) Nachtruhe

Die Nachtruhe dauert von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr.

Art. 4

Grundsatz

Während den Ruhezeiten sind Tätigkeiten und Veranstaltungen untersagt, die Erholung und Ruhe erheblich stören. Von diesem Reglement ausgenommen ist der Flugbetrieb auf dem Flugplatz St.Gallen-Altenrhein.

III. Lärm

Art. 5

Gastwirtschaften

Für die Gastwirtschaften gelten die Betriebszeiten des Gastwirtschaftsgesetzes (sGS 553.1).

Art. 6

Elektrische und elektronische Geräte

Radio- und Fernsehapparate, Stereoanlagen usw. sind höchstens in Zimmerlautstärke zu benutzen.

Der Gebrauch von lauten Tonwiedergabegeräten im Freien ist zwischen

- 12.00 Uhr und 13.00 Uhr und
- 22.00 Uhr und 07.00 Uhr

untersagt.

In der übrigen Zeit dürfen Drittpersonen dadurch nicht erheblich gestört werden.

Vorbehalten bleiben Bestimmungen in Veranstaltungsbewilligungen des Gemeinderates.

Art. 7

Gartenarbeit

Gartenarbeit mit Maschinen, wie Rasenmähern und anderen lärm erzeugenden Geräten, ist werktags (inkl. Samstag) zwischen

- 12.00 Uhr und 13.00 Uhr und
- 20.00 Uhr und 08.00 Uhr

untersagt.

Art. 8

Baustellen

Lärm erzeugende Bauarbeiten sind zwischen 12.00 Uhr und 13.00 Uhr sowie zwischen 20.00 Uhr und 07.00 Uhr untersagt.

In begründeten Fällen kann der Gemeinderat für Arbeiten aus Gründen der Technik oder Sicherheit Ausnahmen bewilligen.

Art. 9

Haustiere

Haustiere sind so zu halten und zu verwahren, dass Drittpersonen nicht erheblich gestört werden.

Art. 10

Feuerwerk

Das Abbrennen von Feuerwerk ist nicht gestattet. Ausnahmen gelten am 31. Juli / 1. August und an Silvester / Neujahr.

Art. 11

Knallkörper

Das Abbrennen und Werfen von Knallkörpern ist untersagt. Davon ausgenommen ist der Umgang mit Knallkörpern am 31. Juli / 1. August, an Silvester / Neujahr sowie während der Fasnachtszeit.

IV. Verunreinigung, Abfälle

Art. 12

Umgebung Betriebsareal

Inhaber von Verkaufsgeschäften, Kiosken, Automaten, Gastwirtschaften und Klublokalen sind verpflichtet, auf ihrem Betriebsareal auf eigene Kosten an geeigneten Stellen Abfallbehälter aufzustellen und zu bewirtschaften.

Art. 13

Öffentliche Gebäude, Anlagen und Einrichtungen

Öffentliche Gebäude, Anlagen oder Einrichtungen dürfen nicht verunreinigt werden.

Als Verunreinigung gelten unter anderem auch Spucken, Urinieren, Erbrechen, Wegwerfen von Kaugummis.

Art. 14

Benutzungsvorschriften

Die auf oder an öffentlichen Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen angeschlagenen Benutzungsvorschriften sind einzuhalten.

Art. 14bis¹

Hundeleinenpflicht

Hunde sind an der Leine zu führen:

- a) In öffentlichen Gebäuden
- b) In öffentlichen Kinderspielplätzen und Sportanlagen
- c) In Gastwirtschaftsbetrieben inkl. Aussenanlagen
- d) In öffentlichen Verkehrsmitteln
- e) Auf verkehrsreichen Strassen, Plätzen und Wegen
- f) In öffentlichen Anlagen, die nicht mit einem Hundeverbot belegt sind
- g) In allen übrigen Fällen, in denen von freilaufenden Hunden eine Gefährdung ausgehen kann.

Die Hundehalter sind zur Beseitigung des Kots ihrer Hunde auf öffentlichem sowie auf privatem fremdem Boden verpflichtet.

Das Bauamt ist befugt, Hundebesitzern die Reinigungs- und Instandstellungskosten zu belasten, deren Tiere öffentliche Anlagen, Strassen oder Trottoirs beschädigen oder verunreinigen.

Vorbehalten bleibt das zivilrechtliche Klagerecht für jedermann, der durch Hunde Dritter belästigt oder geschädigt wird.

V. Werbung

Art. 15

Plakate/Reklamen

Für das Anbringen von Anzeigen, temporär und fest angebrachten Strassenreklamen und Plakaten auf öffentlichem Grund sowie an öffentlichen Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen ist eine Bewilligung des Gemeinderates einzuholen. Vorbehalten bleibt die Zuständigkeit nach Art. 32 Abs. 1 der Einführungsverordnung zum eidg. Strassenverkehrsgesetz.

Ohne Bewilligung angebrachte Plakate usw. werden auf Kosten des Veranstalters entfernt.

Der Gemeinderat kann das Recht, auf öffentlichem Grund Plakate anzuschlagen, mittels Vertrag bestimmten Personen oder Firmen gegen Entrichtung einer Entschädigung übertragen.

¹ Eingefügt gemäss Beschluss des Gemeinderates vom 24. März 2014

VI. Benützung von Strassen und öffentlichen Plätzen

Art. 16

Gesteigerter Gemeingebrauch / Sondernutzung

Die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Grundes, einschliesslich des darunter liegenden Erdreichs und des darüber liegenden Luftraums, sowie von öffentlichen Sachen bedarf einer Bewilligung des Gemeinderates. Dies gilt insbesondere für:

- a) die Durchführung von Kundgebungen, Umzügen, Festanlässen, Schaustellungen;
- b) das Aufstellen von mobilen Informations- und Werbeeinrichtungen;
- c) das Anbieten von Waren und Dienstleistungen zu Erwerbszwecken.

Für eine ausschliessliche oder dauernde Nutzung einer öffentlichen Sache bedarf es der Erteilung einer Konzession durch den Gemeinderat.

Als öffentliche Sachen in Gemeingebrauch gelten insbesondere die öffentlichen Strassen, Plätze, Wege, Anlagen sowie die öffentlichen Gebäude.

Art. 17

Strassenmusizieren

Das Strassenmusizieren auf öffentlichem Grund bedarf einer Bewilligung des Gemeinderates.

Art. 17 bis²

Betteln

Das öffentliche Betteln ist untersagt.

Als Betteln gilt das Erbitten von Geld und Gütern zum persönlichen Gebrauch durch Einzelpersonen oder Gruppen.

Art. 18

Campieren

Auf dem öffentlichen Grund ist das Campieren bewilligungspflichtig. Die Bewilligung muss vorgängig bei der Gemeinde eingeholt werden.

Das Campieren auf privaten Grundstücken kann untersagt werden, wenn die öffentliche Sicherheit oder die Ruhe und Ordnung gestört oder gefährdet ist.

Art. 19

Jugendschutz

Minderjährige, welche durch negatives Verhalten wie z.B. Littering, Lärm, Sachbeschädigung, Belästigung von Drittpersonen, übermässigen Alkohol- und Drogenkonsum auffallen, können aufgegriffen und den Erziehungspflichtigen übergeben werden.

Schulpflichtige Kinder, die sich nach 23 Uhr ohne Begleitung einer erziehungsberechtigten erwachsenen Person auf öffentlichen Strassen und Plätzen aufhalten, können aufgegriffen und den Erziehungspflichtigen übergeben werden.

² Eingefügt gemäss Beschluss des Gemeinderates vom 1. Oktober 2012

VII. Videoaufnahmen im öffentlichen Raum

Art. 20

Videoaufnahmen ohne Personenidentifikation

Im öffentlichen Raum können Videokameras eingesetzt werden, welche eine Personenidentifikation nicht zulassen.

Die Betreiber/innen von fest installierten Anlagen haben diese dem Gemeinderat zu melden.

Art. 21

Videoaufnahmen mit Personenidentifikation

a) Bewilligung

Der Gemeinderat kann örtlich begrenzte Aufnahmen mit Videokameras bewilligen, welche die Personenidentifikation zulassen, wenn

- a) der Einsatz solcher Videokameras zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geeignet und erforderlich ist;
- b) die Öffentlichkeit am überwachten Ort durch Hinweistafeln auf die Videoaufnahmen aufmerksam gemacht wird;
- c) eine missbräuchliche Verwendung des Bildmaterials durch geeignete technische und organisatorische Massnahmen ausgeschlossen werden kann.

Der Gemeinderat legt im Rahmen der nachstehenden Bestimmungen für jede Videoaufnahme den Zweck, das überwachte Gebiet, die Dauer, die Visionierung, die Datensicherheit und die Aufbewahrung fest.

Es erfolgen keine Aufschaltungen der Aufnahmen in Echtzeit.

Art. 22

b) Bestimmung der Örtlichkeit

Die Örtlichkeiten mit Videoaufnahmen werden durch die Gemeinde durch Allgemeinverfügung bestimmt. Diese werden öffentlich publiziert.

Art. 23

c) Einrichtung der Videokameras

Die Videokameras sind technisch so einzurichten, dass eine Erfassung weiterer als für die Überwachung notwendiger Bereiche ausgeschlossen ist.

Art. 24

d) Datensicherheit

Die Videoaufzeichnungen sind geschützt aufzubewahren. Der Verlust oder die Manipulation der Daten, etwa durch Diebstahl, unbefugte Vernichtung, zufälligen Verlust, Fälschung oder widerrechtliche Verwendung, ist mittels geeigneter Massnahmen zu verhindern.

Insbesondere ist:

- a) der Zutritt zum Speicherort für Unbefugte durch den Einsatz geeigneter Technologie zu verunmöglichen;
- b) ein unerwünschter Datentransfer in andere Medien auszuschliessen.

Art. 25

e) Aufbewahrungsfrist

Aufzeichnungen von Aufnahmeeinrichtungen müssen nach spätestens 100 Tagen gelöscht werden. Vorbehalten bleibt die Weiterverwendung in einem Strafverfahren.

Art. 26

f) Nachträgliche Einsichtnahme

Einsicht in gespeicherte Videoaufnahmen darf nur auf Anweisung des zuständigen Untersuchungsrichters bzw. der zuständigen Untersuchungsrichterin genommen werden.

Art. 27

g) Protokollierung

Sämtliche Zugriffe auf das gespeicherte Bildmaterial werden protokolliert. Die Protokollierung umfasst den Grund des Zugriffes sowie die Informationen, von welcher Person der Zugriff ausgegangen ist und welches Bildmaterial gesichtet wurde.

Art. 28

h) Datenschutz

Der Gemeinderat bezeichnet eine externe Stelle, welche die rechtmässige Durchführung der Videoaufnahmen kontrolliert, insbesondere ob:

- a) nachträgliche Einsichtnahmen rechtmässig erfolgen;
- b) Aufzeichnungsmaterial nach Massgabe dieses Reglements gelöscht wird.

Sie ist in ihrer Tätigkeit unabhängig und erstattet dem Gemeinderat regelmässig Bericht und beantragt erforderliche Massnahmen.

VIII. Gemeindepolizeiliche Aufgaben

Art. 29

Gemeindepolizei

Der Gemeinderat ist oberstes Polizeiorgan der Gemeindepolizei

Der Gemeinderat kann:

- a) eigene Polizeikräfte unterhalten;
- b) die Erfüllung der gemeindepolizeilichen Aufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ganz oder teilweise der Kantonspolizei überlassen;
- c) Vereinbarungen mit dem zuständigen Departement abschliessen über die Erfüllung gemeindepolizeilicher Aufgaben durch die Kantonspolizei, welche für die Gemeinde eine Gemeindepolizei bestehend aus Polizeibeamten oder Polizeibeamtinnen der Kantonspolizei unterhalten kann.

Die Vereinbarung kann auch Aufgaben umfassen, welche über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen.

Art. 30

Aufgaben

Der Gemeindepolizei obliegen die nachstehenden Aufgaben:

- a) Wahrung der öffentlichen Sicherheit (Sicherheitspolizei);
- b) Überwachung des ruhenden Verkehrs, insbesondere die Kontrolle der Parkuhren und Ticketautomaten, sowie die Organisation und Durchführung der Verkehrsregelung und des Parkdienstes bei besonderen Anlässen;
- c) Im Rahmen ihres Pflichtenkreises: Bussenerhebung auf der Stelle und die polizeilichen Ermittlungen bei Übertretungen gemäss Art. 5 und 49 des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung vom 3. August 2010 (sGS 962.1) i.V. mit Art. 9 ff. der Strafprozessverordnung vom 23. November 2010 (sGS 962.11) und Anhang dazu;
- d) Ausführung von Aufträgen für Verwaltungsorgane der Gemeinde.

Art. 31

Aufgabendelegation

Der Gemeinderat kann die Erfüllung von bestimmten gemeindepolizeilichen Aufgaben im Sinne von Art. 30 dieses Reglements im Rahmen einer Leistungsvereinbarung einer geeigneten Privatperson oder einer privaten Organisation übertragen.

Übertragbar sind gemeindepolizeiliche Aufgaben nach:

- a) Art. 30 lit. a dieses Reglements im Bereiche des friedlichen Ordnungsdienstes bei Veranstaltungen sowie der präventiven Patrouillentätigkeit im öffentlichen Raum der Gemeinde;
- b) Art. 30 lit. b dieses Reglements;
- c) Art. 30 lit. c dieses Reglements im Bereiche der Verkehrsregelung im ruhenden Verkehr.

Art. 32

Anforderungen an Organisationen

Als geeignet für die Übertragung von gemeindepolizeilichen Aufgaben gelten nur private Bewachungsunternehmen, welche über die gesetzlich vorgeschriebenen Bewilligungen verfügen.

Art. 33³

Polizeiliche Befugnisse

Wenn eine Person die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung stört, sind die Privaten oder privaten Organisationen im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben befugt,

- a) Personen zur Feststellung ihrer Personalien anzuhalten. Die Befugnis beschränkt sich darauf, von angehaltenen Personen die Angaben von Personalien (Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnadresse) sowie die Vorlage von mitgeführten Personalausweisen zu verlangen;
- b) Personen, welche die öffentliche Ruhe und Ordnung missachten, von einem Ort wegzuweisen.

Ein unmittelbarer Zwang darf nur durch die ordentlichen Polizeikräfte ausgeübt werden.

VIII. Strafbestimmung

Art. 34

Busse

Widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Reglements werden mit Busse bestraft.

Zuwiderhandelnde Jugendliche können an Stelle einer Busse zu persönlicher Leistung verpflichtet werden.

Strafbar sind auch die fahrlässige Widerhandlung und die Helferschaft.

IX. Schlussbestimmung

Art. 35

Ausführungsbestimmungen

Der Gemeinderat kann Ausführungsbestimmungen erlassen.

³ Art. 29-31, eingefügt gemäss Beschluss des Gemeinderates vom 11. Dezember 2023

Art. 36

Inkrafttreten

Das Reglement tritt nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist, resp. mit der Genehmigung durch den Gemeinderat in Kraft.

Dem fakultativen Referendum unterstellt vom 19. Mai 2010 bis 17. Juni 2010.

- Nachtrag von Art. 17bis dem fakultativen Referendum unterstellt vom 24. Oktober 2012 bis 22. November 2012.
- Nachtrag von Art. 14bis dem fakultativen Referendum unterstellt vom 1. April 2014 bis 10. Mai 2014.
- Nachtrag der Art. 29-33 dem fakultativen Referendum unterstellt vom 9. Januar 2024 bis 17. Februar 2024

Der Gemeinderat hat das Inkrafttreten des Reglements auf den 1. August 2010 festgesetzt.

Thal, 28. Juni 2010 / 1. Oktober 2012 / 24. März 2014 / 11. Dezember 2023

NAMENS DES GEMEINDERATES

Der Gemeindepräsident

Simon Diezi

Der Gemeinderatsschreiber

Christoph Giger